

Zu S. Lessenich: Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf>

Die Frage, die im Mittelpunkt einer Debatte eines Grundeinkommens stehen muss, lautet insofern weniger, ob es wünschenswert und realisierbar ist, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln, sondern vor allem, wie sowohl Arbeit als auch Einkommen gesamtgesellschaftlich verteilt werden – und was unter ‚Arbeit‘ überhaupt zu verstehen ist.“ (Wagner 2008, S. 37f.) Ganz in diesem Sinn werden wir die Debatte weiterzutreiben versuchen.

Was Arbeit „überhaupt“ ist, darüber lässt sich trefflich philosophieren. Doch eine solche Frage verwischt nur den klaren Blick darauf, um was es bei der gesellschaftlichen „Verteilung“ von Arbeit und Einkommen in erster Linie geht. Ich kann für mich selbst und die Meinen Arbeit in beliebigen Formen und Mengen leisten, doch wenn ich aus dem Kreis der Nahverhältnisse heraustrete und für meine Arbeit Gegenleistungen erhalten will, die ich für meinen Lebensunterhalt brauche, stellt sich die Frage, welchen Tauschwert meine Arbeit hat, welchen Wert ihr anonyme Andere beimessen, denen ich nichts bedeute, und die die Wahl zwischen meinen und den Leistungen anderer haben. Ich kann meine Arbeit als sehr wertvoll ansehen, etwa einen in meinen Augen wundervollen Roman geschrieben haben, doch wenn niemand ihn lesen will, ist der Tauschwert null (Vielleicht bin ich ja ein großes Talent, und der Markt müsste meine Arbeit nur entdecken. Das ist schon möglich. Aber vermutlich sind von 1000 unentdeckten Romanen vielleicht ein oder zwei wirklich herausragend, während die übrigen zum Teil furchtbar schlecht sind, zum Teil keine Chance bekommen, weil es bereits reichlich etablierte Autoren gibt, die mindestens so gut schreiben, so dass es an weiterem Bedarf mangelt). Ich kann wertvolle Beiträge für das Gemeinwohl erbringen, doch was kann rechtfertigen, dass andere pauschal für die bloße Möglichkeit, dass ich das tue, bezahlen, selbst wenn sie hinterher unter Umständen gar nicht einverstanden mit meinem Engagement sind und ihm lieber die Finanzierung entziehen möchten (etwa weil ich Neonazi-Jugendarbeit mache).

Es hat einen guten Sinn, Arbeit, die entweder marktfähig ist, d. h. auf dem Markt einen Tauschwert erzielt, oder an der die Öffentlichkeit ein Interesse hat (etwa weil der Markt in bestimmten Bereichen versagt), so dass der Staat entscheidet, sie zu finanzieren, klar von der Arbeit zu unterscheiden, die wir für uns selbst oder aus welchen Motiven auch immer tun. Die Kommunikation darüber, welcher Wert einer bestimmte Arbeit gesellschaftlich zugemessen werden soll, kann in einer komplexen Gesellschaft im Grunde letztlich nur über die Kommunikationsmedien Geld oder politische Entscheidungen laufen. Was Arbeit, die ich für mich selbst und die Meinen leiste, wert ist, das zu entscheiden bleibt völlig mir überlassen, da ich ja auch den Nutzen davon habe oder es mir überlassen bleibt, den Nutzen anderen zukommen zu lassen. Was ich im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einbringe, muss aber der Bewertung durch andere überlassen bleiben, denn diese Arbeitsteilung überblicke ich gar nicht, hier kann ich aus meiner beschränkten Perspektive gar keine Bewertung vornehmen. Dass die Wirtschaft, wenn vor allem auf politische Entscheidungen gesetzt wird, eher schlecht läuft, sollten der real existierende Sozialismus wie der real existierende Bürokratismus hinlänglich bewiesen haben. Damit bleibt Geld als Hauptmedium für die Kommunikation darüber übrig, wie Arbeit zu bewerten ist und wie Arbeit und Einkommen zu verteilen sind. Es hat sich als sehr effizientes Medium erwiesen.

Menschen müssen nicht lange debattieren, ob diese oder jene Arbeit gefragt ist: Zahlungen bedeuten Annahme der Arbeitsleistung, Nicht-Zahlung bedeutet, sie ist nicht gefragt. Hohe Preise signalisieren Knappheiten. Es kommt es, wie die Ökonomen sagen, zu einer ständigen Optimierung der Allokation der Ressourcen – in diesem Fall der Arbeitskraft – im Hinblick auf den Bedarf, soweit er sich in zahlungsfähiger Nachfrage ausdrückt. Dieser Vorgang wird oft denunziert, indem man etwa, anknüpfend an Marx sagt, die Arbeitskraft würde so zur Ware gemacht (was richtig ist), und das sei moralisch irgendwie verwerflich (was falsch ist). In einer auf entwickelter Arbeitsteilung basierenden Wirtschaft, die nachgewiesenermaßen nicht gut durch irgendeine Art kollektiver Vernunft, verkörpert in einem großen gemeinsamen Plan, gelenkt werden kann, muss auch die Arbeitskraft sich Bewertungen in Tauschprozessen stellen. Wie sollte es denn sonst gehen? Wir alle wollen für unser Geld, das wir durch unsere Arbeit verdient haben, die Arbeit anderer eintauschen. Wir wollen nicht irgendeinen Schrott oder völlig überbewertete Dinge kaufen, wir wollen gute Qualität zu vernünftigem Preis. Indem wir einen solchen Maßstab anlegen, bewerten wir die Arbeit anderer. Wie kann man, wenn man die Verhältnisse aus dieser Perspektive betrachtet, darauf kommen, dass es sinnvoll sein könnte, die eigene Arbeit in größerem Maße der Marktbewertung zu entziehen. Diese Marktbewertung übt zweifellos eine Art Zwang aus. Meine Leistung muss sich dauernd mit der Leistung anderer vergleichen lassen. Meine Arbeit muss sich ständig fragen lassen, ob jemand sie braucht und bereit ist, seine eigene Arbeit dagegen zu tauschen. Nur solche ständigen wechselseitigen Bewertungsprozesse, die vermittelt über das Kommunikationsmedium Geld ohne großes Aufhebens ablaufen, machen unsere Wirtschaft so leistungsfähig wie sie ist.

Nun sollen mit dem BGE dem Marktprozess große Mengen an Geld entzogen werden, ohne dass dieses Geld gezielt dazu eingesetzt wird, entsprechend politisch gesetzter Prioritäten Probleme zu bearbeiten. Diejenigen, die das Geld aufbringen, haben keinerlei Möglichkeit mehr – weder als Konsumenten oder

Investoren, noch als Staatsbürger – irgendeine Bewertung über seine Verwendung oder seinen Tausch in Gegenleistungen vorzunehmen. Und diejenigen, die es in Anspruch nehmen (dass es sich um eine reine Fiktion handelt, dass alle das Grundeinkommen erhalten, darüber sind wir uns ja hoffentlich einig), haben keinen guten Anreiz mehr, ihr Leistungsvermögen auszuschöpfen und es in Richtungen zu lenken, die entsprechend gesellschaftlicher Bewertungen den höchsten Nutzen bringen. Woraus sich bei einer solchen Konstellation ein Vorteil für die Gesamtgesellschaft ergeben soll, bleibt mir schleierhaft. Ich sehe nur riesige Legitimationsprobleme und Effizienzverluste als Konsequenz. Allenfalls wenn man der Illusion anhängt, diese Gesellschaft sei unglaublich reich und hätte in Fülle Überschüsse zu verteilen, mag ein solcher Weg in die Ineffizienz irgendwie noch zu rechtfertigen sein. Eine solche Sicht widerspricht aber allem, was an enormem Bedarf an Arbeit zu erkennen ist, wenn man sich nur die Probleme dieser Gesellschaft einmal näher ansieht. Die Diskussion sollte sich daher nicht darum drehen, wie Überschüsse zu extrahieren und als Freibier zu verteilen sind, sondern wie der große erkennbare Bedarf in zahlungskräftige Nachfrage zu verwandeln ist.

Keine Frage, der Markt erzeugt ständig auch unerwünschte Resultate, und Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit haben sowieso schlechte Karten (von Verzerrungen durch Macht- und Statusstrukturen will ich hier gar nicht erst reden). Dies lässt sich beobachten und durch politische Entscheidungen korrigieren. Warum das in letzter Zeit trotz hoher Produktivität so schlecht lief, ist eine Frage, die schwierig zu beantworten ist, doch in meinen Augen die eigentliche intellektuelle Herausforderung darstellt, vor der sich die meisten Teilnehmer der Grundeinkommensdebatte leicht drücken können, da sie ja eine schöne Lösung zu haben glauben, die komplizierte ökonomische Debatten überflüssig zu machen scheint. Entscheidend ist für mich der Punkt, dass die Korrektur der Marktergebnisse „nachträglich“ oder „nachrangig“ (was nicht ausschließen soll, auch vorausschauend auf Marktergebnisse zu reagieren – mir fehlt hier ein wirklich passender Ausdruck) erfolgen muss. Wird schon „vor“ dem Markt angesetzt, und ein BGE bezahlt, ohne dass dies mit einem politisch zu definierenden Bedarf an Korrektur von Marktergebnissen verbunden wäre, wird die Funktion der wirtschaftlichen Kommunikation mittels Geld beeinträchtigt.

Menschen haben sehr viele Motive, tätig zu sein. Doch sie haben auch sehr viele Motive, die nicht mit den Bedürfnissen anderer und dem Bedarf insgesamt, wie ihn der Markt signalisiert, im Einklang stehen. Menschen gehen zwangsläufig immer von egozentrisch entwickelten Perspektiven aus. Auch wenn sie sich mit sozialen Idealen identifizieren und dafür viel zu opfern bereit sind, tun sie das zunächst auf eine egozentrische Weise, die vor allem ihre Wunsch- und Größenphantasien befriedigen soll. In der Auseinandersetzung mit ihrer sozialen Umwelt, und nur in dieser Auseinandersetzung, kann sich das ändern, indem sich Identifikationen aufbauen (was aber auch oft nicht sehr gut gelingt). Es ist aber immer ein mehr oder weniger widersprüchlicher, nicht selten konfliktreicher Prozess, die individuellen Motivationen mit den gesellschaftlichen Bedingungen und Anforderungen in Einklang zu bringen. Menschen neigen sehr oft dazu, an ihren Motiven festzuhalten, auch wenn der Markt ganz klar andere Signale sendet. Das ist offensichtlich. Das kann man wissen. Das hat vorhersehbare Konsequenzen. Und wenn Herr Offe <http://www.youtube.com/watch?v=szz2nAdRa9E> glaubt, es bräuchte da noch besondere empirische Beweise und man könne nichts wissen über die Reaktion des Arbeitsangebots auf ein BGE, ist er in meinen Augen ein theoretisch abgehobener Soziologe, der zwar viele Bücher kennt, aber darüber vergisst, sich die Menschen anzuschauen und die Sache klar zu durchdenken. Das wäre doch die Aufgabe von Theorie. Hatte etwa Einstein empirische Beweise, als er seine Relativitätstheorie aufschrieb? Er hat aus bekannten Fakten Schlüsse gezogen. Und das kann man auch in Bezug auf die hier zur Debatte stehende Frage.

Man halte sich einmal die Wahl von Studien- oder Ausbildungsgängen vieler Leute vor Augen, die oft sehenden Auges in einen völlig überbesetzten Markt gehen und Jahre ihres Lebens investieren, die sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht auszahlen werden. Die sich danach oft noch jahrelang in Warteschleifen drehen, weil sie bestimmte Berufs- und Statuserwartungen nicht aufgeben wollen, obwohl sich andere Möglichkeiten durchaus bieten würden. Oder diejenigen, die einfach ohne klare Orientierung oder Motivation irgendetwas studieren, was keine großen Anforderungen stellt, nur weil sie damit erst mal der unangenehmen Entscheidung entgehen sind, eine Berufswahl zu treffen, die sie in einer Weise festlegen würde, wie sie sich das nicht vorstellen können oder wollen. Oder diejenigen, die subkulturelle Träume träumen, oder ihren kleinen Laden, ihre kleine Künstlerexistenz, ihren kleinen Bauernhof, ihre kleine politische Initiative oder sonst was betreiben wollen. Es gibt doch schon trotz der heutigen Zwängen sehr viele Leute, die solche Wege zu gehen versuchen und sich erst nach erheblicher Zeit gezwungen sehen, Illusionen aufzugeben und sich Realitäten zu stellen. Die kritische Frage, die an diesem Punkt zu stellen ist, betrifft doch nicht in erster Linie die Leute, die sich einfach in die Hängematte legen (obwohl vielleicht auch die Hängemattenfraktion gar nicht so klein wäre, wie immer unterstellt wird). Mit einem BGE würden vor allem die Spielräume für ein Beibehalten von egozentrisch gebildeten Motiven enorm erweitert. Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Menschen, die eigensinnige Wege am tatsächlichen wirtschaftlichen Bedarf vorbei gehen und sich schließlich gar nicht mehr oder erst sehr viel später korrigieren (oft bei weitgehendem Verlust der Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Potentiale), sehr erheblich zunehmen würde. Im Bürgertum gibt es

eine Romantisierung solcher Eigensinnigkeit, die wohl in manchen Argumenten für das BGE mitschwingt: der lange verkannte Künstler oder Wissenschaftler oder Unternehmer, der nicht aufgibt und schließlich doch noch den Durchbruch zu seiner wahren Bestimmung schafft. Solche Geschichten gibt es tatsächlich im Leben, keine Frage. Doch die sehr, sehr viel häufigeren Geschichten sind die über gescheiterte Ambitionen und vergeudete Lebenszeit. Das geeignete Programm, Talenten zum Durchbruch zu verhelfen, ist, sie früh zu suchen und zu erkennen und ihnen dann entsprechende Chancen zu bieten, nicht undifferenziert alle Illusionen zu subventionieren. In den unteren Schichten, die ohnehin oft mit wenig attraktiven Jobs und geringer Bezahlung konfrontiert sind, und wo problematische Sozialisationsverläufe in der jüngeren Vergangenheit in erschreckendem Maße zugenommen haben, sehe ich überdies ein sehr beträchtliches Potential von Menschen, die bei entsprechenden Freiheiten noch sehr viel größere Illusionen und destruktivere Verhaltensweisen kultivieren dürften.

Sie alle müssten ganz oder teilweise von den normal Arbeitenden finanziert werden, würden aber ihrerseits keinen oder nur einen sehr geringen Beitrag zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs beitragen. Daher steht die Frage für mich sehr wohl im Mittelpunkt, ob es wünschenswert und realisierbar ist, Einkommen und Erwerbsarbeit zu entkoppeln, und ich komme zu einem klaren Nein.

Die institutionalisierte Beschränkung des Leistungsbegriffs auf erwerbsförmige Tätigkeiten, die allfällige Anrufung eines (interessanterweise: geradezu bedingungslosen) Leistungswillens, die (in aller Regel kontrafaktische) Problemdeutung

fehlender Arbeitsbereitschaft: All dies ist Ausdruck einer protestantisch-industriellen Arbeits- und Leistungsethik, die historisch gleichermaßen in marktliberale wie sozialistische Denkweisen und Ordnungsvorstellungen Eingang gefunden hat – und die von beiden Seiten die ideologisch-kulturelle Basis für einen „bis zum Ressentiment steigerbare[n] Einwand gegen ein Bürgerrecht auf allgemeines Grundeinkommen“ bildet.⁸⁶ Diese Ethik der industriellen Leistungsgesellschaft gründet wiederum in einer skeptischen Anthropologie, derzufolge der moderne Mensch zu einer arbeitsethisch angemessenen, der erwerbsgesellschaftlichen Ordnung entsprechenden Lebensweise angehalten und angeleitet werden muss – was für staatliche (Sozial-)Politik zu der Funktionszuschreibung führt, als Honorierungsmechanismus „ordentlicher“ Lebensführung einerseits und Disziplinierungsinstrument willensschwacher Subjekte andererseits zu operieren.⁸⁷ Gegen eine solche kulturelle Distanz gegenüber dem „Anderen“ der Erwerbsgesellschaft setzt die Grundeinkommensidee das Vertrauen in die grundsätzliche Tätigkeitsbereitschaft (und -bedürftigkeit) der Menschen. Sie setzt zudem auf ein prinzipielles Zutrauen in die normative Kraft – und damit in die selbstverstärkende Dynamik – institutioneller Reformen, die eine Abkehr vom Leistungsethos der Industriegesellschaft beinhalten

Die „protestantisch-industrielle Arbeits- und Leistungsethik“ ist in meinen Augen ein bloßer Popanz, auf den sich wunderbar einschlagen lässt. Der Kern des Unbehagens, den Kritiker am BGE vielleicht oft nicht klar genug zu artikulieren vermögen, ist nach meiner Auffassung die Verletzung der Reziprozitätsnorm, die für den Umgang von Menschen miteinander in allen Gesellschaften zentral ist und eine tiefe emotionale Bedeutung hat. Menschen wollen sich nicht ausnutzen lassen. Sie sind oft sehr großzügig, wenn jemand tatsächlich in Not ist, doch wenn sie das Gefühl haben, jemand fange an, auf ihre Kosten zu leben, macht sie das sehr schnell unzufrieden oder sogar sehr wütend. Das liegt an ihrem emotional verankerten, also stammesgeschichtlich sehr alten, skeptischen Menschenbild. Sie wissen bereits instinktiv, dass andere Menschen oft egozentrisch nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind oder jedenfalls auf andere nicht ohne weiteres Rücksicht nehmen. Es bedarf schon besonderer Arten von zivilisatorischer Entfremdung und von Glauben an rein theoretische Diskurse, das vergessen zu machen. Solchen Glauben hat es schon öfter gegeben und er kommt in immer wieder neuen Formen auf. Das Christentum glaubte zu Zeiten an den Frieden durch Nächstenliebe und Predigen. Die Soziologie belehrte uns, dass es dazu schon eines Gewaltmonopols bedarf – die Menschen sind nun mal nicht so. Karl Marx glaubte an die Vernunft des Menschen, die sich nach Überwinden der kapitalistischen Klassengesellschaft durchsetzen werde. Die unbefriedigenden Ergebnisse jedes der diversen Versuche, eine Planwirtschaft zu errichten, haben gezeigt, dass Kooperation durch Vernunft allein nicht zu erreichen ist, und dass Macht und Bürokratie, auf die man sich stattdessen stützen musste, der Vernunft eine sehr schlechte Heimat bieten – die Menschen sind nun mal nicht so. Die Anhänger des Grundeinkommens wollen uns nun erzählen, man könne auf eine grundsätzliche Tätigkeitsbereitschaft und -bedürftigkeit bauen und könne gänzlich auf Disziplinierungsinstrumente, d. h. auf eine Definition von Missbrauch von Sozialleistungen, der dann auch Konsequenzen hat, verzichten. Ich halte das für ein unrealistisches Menschenbild, geboren aus dem emotional verständlichen Wunsch, die Nahverhältnisse miteinander relativ eng verbundener, wohlsozialisierter Menschen (Verhältnisse, in denen intensive soziale Kontrolle über ständige wechselseitige Beobachtungen in dauerhaften Beziehungen läuft, die ein Achten auf das eigene Ansehen sehr wichtig machen) auf die Gesellschaft als Ganzes zu projizieren – und bleibe skeptisch.

Wenn diese Vorstellung vom guten Menschen, der schon allein aus eigenem Bedürfnis im Interesse anonymen Anderer bzw. des gesellschaftlichen Ganzen tätig wird und nach Kräften zur Produktion entsprechend dem tatsächlichen Bedarf beiträgt, richtig wäre, frage ich mich, warum der Sozialismus dann nicht irgendwo richtig gut funktioniert hat? Da waren doch nicht überall nur üble Diktatoren,

Psychopathen und Idioten am Werk. Und frage mich auch, warum in vielen Bürokratien dieser Welt, wo es an gewissen effizienten Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen fehlt, sich so ohne weiteres ein krasses Maß an Untätigkeit und Inkompetenz mit einem ebenso krassen Maß an Korruption verbindet? Warum sind Einrichtungen, die nicht den Zwängen der Marktkonkurrenz ausgesetzt sind, regelmäßig so unproduktiv und verschwenden das Geld, das investiert wird? Man könnte hier als Beispiel auch die Manufakturen im Absolutismus anführen. Und warum sollte, was für Betriebe oder Behörden gilt, für Individuen nicht gelten? Warum sollten sie, wenn für sie der Druck des Marktes an Bedeutung verliert, in jeder Hinsicht genauso engagiert und motiviert und produktiv in ihrer Tätigkeit für das gemeinsame Wohl bleiben, wie dies unter den Marktzwängen der Fall ist? Alle ernst zu nehmenden Berechnungen über die Finanzierbarkeit des Grundeinkommens setzen dies aber voraus.

Dass Menschen eine Neigung zur Tätigkeit haben, ist doch gar nicht die Frage. Manchmal werden sie auch von Ansehen und Ehre mehr motiviert als von Geld. Die Frage allerdings ist, ob eine ausreichende Zahl von Menschen in ausreichendem Maß bereit zu Tätigkeiten sind, die dem Bedarf anderer dienen. Dabei geht es nicht darum, irgendwie tätig zu sein, oder ein wenig tätig zu sein, oder vor allem seinen Fähigkeiten und Neigungen zu folgen oder das zu tun, was Belohnungen in Form hohen öffentlichen Ansehens einbringt. Es ist wunderbar, wenn sich Fähigkeiten und Neigungen sowie Belohnungen, die nichts mit Geld zu tun haben, mit einer Arbeit verbinden lassen, doch in der realen Arbeitswelt ist das in den meisten Fällen doch nur in recht begrenztem Ausmaß möglich. Es geht darum, in einer sehr komplex gewordenen Arbeitsteilung einen Platz zu finden, der einigermaßen mit Fähigkeiten und Neigungen vereinbar ist, auch wenn viele der angebotenen Plätze den allermeisten Menschen auf Anhieb nicht gerade sehr attraktiv erscheinen werden. Es geht darum, an diesem Platz mit hoher Zuverlässigkeit hohe Leistungen zu erbringen - die Grundlage unseres Wohlstands - und auch einiges an Belastungen und Frustrationen hinzunehmen, ohne gleich davonzulaufen. Und es geht darum, oft langwierige Bildungs- und Ausbildungswege zu durchlaufen, um die Fähigkeiten zu erwerben, die gefragt sind, nicht nur die, die am meisten Spaß machen. Das alles werden sehr viele Menschen nicht oder nicht ausreichend tun, wenn sie nicht einen gewissen existenziellen Druck spüren. Dieser Druck kann ihnen nicht erspart, sondern er kann nur an manchen Punkten besser abgefedert werden, wo er übermäßig und destruktiv wird. Es ist der Anpassungsdruck, dem die Gesellschaft insgesamt ausgesetzt ist, da sie sich ständig neu auf ihre eigenen inneren und äußeren Existenzbedingungen einstellen muss. Ein BGE wäre viel zu viel der Abfederung.

Geht man nämlich – gut soziologisch – von der Logik funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften aus, so hat das Leistungsprinzip seinen Platz in „der Wirtschaft“, im gesellschaftlichen System der Produktion und des Austausches von Gütern (und Dienstleistungen), im sozialen Teilsystem des knappheitsbestimmten, preisregulierten Leistungsaustausches – nicht jedoch (und eben: gerade nicht) in den Systemen der sozialen Sicherung individueller Existenzen gegen Risiken des Abfalls oder Ausfalls der individuellen Leistungsfähigkeit bzw. der Nicht-Nachfrage und entsprechend Nicht-Honorierung individueller Leistungsbereitschaft in dem und durch das Wirtschaftssystem. Moderne Sozialpolitik – das Leistungssystem des Sozialstaats – kann als fundamentales Moment der Gewährleistung funktionaler Differenzierungsprozesse, als Instrument institutionalisierter „Interdependenzunterbrechung“ zwischen der Wirtschaft der Gesellschaft einerseits und der Existenzsicherung von Individuen in Gesellschaft andererseits verstanden werden.⁹⁰ In diesem spezifisch system-theoretischen Sinne ließe sich dann von einer Struktur der „Entkoppelung“ sprechen – allerdings nicht von „Arbeit“ (oder „Leistung“) und Einkommen auf der Individualebene, sondern von Wirtschaft und „Sozialem“ auf der Ebene systemischer Funktionslogiken.

Dieses letzte Zitat ist noch ein kleines Schmäckerl für soziologisch Vorgebildete. Hier wird Luhmanns Systemtheorie ins Spiel gebracht, um noch ein gesellschaftstheoretisches Argument von besonderem Gewicht in die Waagschale zu werfen. Leider geht das etwas schief. Luhmann definiert Geldzahlungen als „Letztelement“, als Basis der Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems. Gleichgültig, was diese Zahlungen motiviert, Zahlungen sind immer dem Wirtschaftssystem zuzurechnen. Daher stellt es eine Art höheren soziologischen Unsinn dar, wenn man sich der Sprache der Systemtheorie bedient, von einer Interdependenzunterbrechung von Wirtschaftssystem und Existenzsicherung der Individuen durch die Zahlungen des modernen Sozialstaates zu reden. Das Wirtschaftssystem in systemtheoretischer Sicht ist schlicht nicht mit dem Markt gleichzusetzen.

Nun gut, wir verstehen dennoch in etwa, was der Autor uns sagen will, und dass die theoretische Verschwurbelung offenbar vor allem der Rhetorik dient. Nur was da in großer theoretischer Pose gesagt wird, ist letztlich unglaublich banal. Dass der Sozialstaat einen Freiraum von den Existenzzwängen schafft, die das Wirtschaftssystem bestimmen, ist klar. Dass die Existenzsicherung, wo es an Leistungsfähigkeit oder -möglichkeit fehlt, dem Sozialstaat obliegt, und es dort nach anderen Prinzipien zugeht wie im Marktwettbewerb, ist auch klar. Aber warum sollte der Sozialstaat schon voraussetzend Existenzsicherung betreiben, wo doch Existenzsicherung primär die Aufgabe der Wirtschaft bleibt, und der Sozialstaat nur nachträglich aus dem Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit finanziert werden kann, sich von Wirtschaft insofern überhaupt nicht abkoppeln kann? Ich sehe hier jedenfalls weit und breit kein schlüssiges Argument für ein BGE hervorlugen. Vielmehr könnte man

mit Luhmann sagen, dass, wenn die Funktion des Wirtschaftssystems „in der Erzeugung und Regulierung von Knappheiten zur Entproblematisierung künftiger Bedürfnisbefriedigung“ (Die Wirtschaft der Gesellschaft, S. 65) besteht, dass dann selbstverständlich auch der Sozialstaat, da er Zahlungen leistet, den Bedingungen des Wirtschaftssystems nicht entgehen kann, in diesem Fall der Knappheit von Geld. Und je mehr man dem Sozialstaat Geld zuschiebt, desto mehr Knappheit daran erzeugt man zwangsläufig anderswo. Oder je mehr man ins Grundeinkommen steckt, desto mehr fehlt es bei andern wichtigen Aufgaben des Sozialstaats, was andere ja schon nachdrücklich kritisiert haben.

So, nun zu dem Papier der Böll-Stiftung: Pro und Contra Grundeinkommen, das Du ja zum größten Teil selbst geschrieben hast.

<http://www.bildungswerk-boell.de/download/Pro-Contra-Grundeinkommen-2Aufl.pdf>

Zunächst kann ich nur meine uneingeschränkte Anerkennung der sehr guten und differenzierten Darstellung des ganzen Komplexes zum Ausdruck bringen. Ansonsten erscheint es mir natürlich von vornherein aussichtslos, jemanden durch Argumente von den Denkfehlern in seiner Position zu überzeugen, der so mit einer Sache verbunden ist, wie Du das ja offenbar bist. Aber sei's drum. Du scheinst ja erfreulicherweise jemand zu sein, der auf offenen Dialog und differenzierte Betrachtungen Wert legt, und vielleicht können Dich meine Argumente ja doch für das eine oder andere Problem sensibilisieren.

Vielen Deiner Ausführungen kann ich ohne weiteres folgen, solange ich mich im Rahmen des Denkmodells BGE bewege. Darum will ich gleich zum Knackpunkt kommen, den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Dass der kurze Abschnitt, den Du dem Sinken des Arbeitsangebots widmest, mich kaum zufrieden stellen kann, wird Dich nicht wundern. Wenn Du schreibst es sei eine „rein monetäre Betrachtung“, von diesem Effekt auszugehen, und es gebe schließlich noch andere Motive für Berufstätigkeit, ist das, tut mir Leid, eine entschieden einseitige Darstellung. So wie Menschen nicht nur von Mangel an Geld motiviert werden, einem Beruf nachzugehen, so werden sie auch nicht nur vom „Mangel“ an Geldnot davon abgehalten, sondern noch von vielen anderen unangenehmen Aspekten der Berufsarbeit. Das fängt bei nicht wenigen Menschen schon bei so banalen Dingen an wie früh aufstehen und regelmäßig erscheinen zu müssen, Ärger zu bekommen, wenn Kunden, Kollegen, Chefs nicht zufrieden mit der geleisteten Arbeit sind, langweilige, uninteressante Arbeit tun zu müssen usw. Das alles gilt durchaus auch für keineswegs besonders schlechte oder schlecht bezahlte Arbeit, sondern für ganz normale Berufsarbeit, wie sie von Millionen von Menschen tagtäglich ausgeübt wird. Ich, der ich aus einer Arbeiterfamilie stamme, schon in den unterschiedlichsten Jobs gearbeitet habe und auch heute viel mit Menschen aus sämtlichen Schichten der Gesellschaft zu tun habe, frage mich schon, ob die schönen Grundeinkommensvorschläge vor allem von Menschen aus einem Bildungsbürgertum vertreten werden, für die die Welt der unteren Schichten etwas sehr Fernes ist, wovon man nur vage Vorstellungen hat, verbunden vielleicht mit gewissen Schuld- oder Verpflichtungsgefühlen ob der eigenen privilegierten Lage, so dass man etwas Gutes tun will, ohne richtig einschätzen zu können, was man bewirken würde. Vielleicht ist der Idealtypus, den Bildungsbürger vor Augen haben, wenn sie über das Konzept BGE nachdenken, der oder die in prekären Verhältnissen existierende und von sozialem Abstieg bedrohte Angehörige der eigenen sozialen Schicht: gut sozialisiert und motiviert, etwas zu werden, durchaus auch ohne bezahlte Arbeit immer in irgendeiner Weise bemüht, etwas aus dem eigenen Leben zu machen und durch Beiträge etwa im politischen, sozialen, kulturellen oder künstlerischen Bereich Ansehen und vielleicht doch noch eine als adäquat empfundene Existenzgrundlage zu finden, eventuell auch zu unternehmerischen Aktivitäten geeignet, illegalen Formen des Broterwerbs dagegen in der Regel sehr abgeneigt. Ich kann dazu nur sagen: Du sollst Dir kein Menschenbild nach Deinem Bilde machen!

So wenig Deine Vorstellungskraft zum Thema eines tendenziellen Rückgangs des Arbeitsangebots hergibt, so dass Du Dich im weiteren nur auf ein lapidares „schwer abzuschätzen“ beschränkst, so auffällig ist das ungleich größere Bemühen – schon an der Länge des entsprechenden Textteils abzulesen –, Tendenzen herauszustellen, die das Arbeitsangebot erhöhen könnten:

Bei Personen, deren Einkommen im unteren Lohnbereich liegt, steigt das Nettoeinkommen. Damit steigt auch der Anreiz erwerbstätig zu werden. Ein Grundeinkommen trägt dazu bei, dass ein zusätzliches oder höheres Einkommen zu einem merkbar höheren Nettoeinkommen führt...

Mit den vorgestellten Grundeinkommensmodellen verlieren auch die verbleibenden Hindernisse, die dazu führen, dass nicht jedes zusätzliche Einkommen zu einem höheren Nettoeinkommen führt, ihre Berechtigung. Dies sind insbesondere die kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern in der Krankenversicherung und die Freistellung der Minijobs von der Sozialversicherungspflicht. Diese könnte entfallen. Mit einem Grundeinkommen ist zudem leichter zu durchschauen, wie

sich die Aufnahme einer Erwerbsarbeit auf das Haushaltseinkommen auswirkt. Bisher erfordert es einen hohen Informationsstand abzuschätzen, wie sich die Anrechnungsregeln beim Arbeitslosengeld II oder, falls mit dem Erwerbseinkommen das Anrecht auf Arbeitslosengeld II entfällt, eine Aufstockung des Einkommens durch Wohngeld oder den Kinderzuschlag auf das Nettoeinkommen auswirken. Noch komplizierter wird die Abschätzung des Nettoeinkommens durch die Berechnung der Steuerlast. Bei der endgültigen Berechnung nach Ablauf des Einkommensjahres wird diese nicht mittels der Steuerklassen berechnet, sondern unterschiedliche Frei- und Absetzbeträge werden zu Grunde gelegt, das Einkommen von Ehepartnern gemeinsam veranlagt und der progressive Steuersatz angelegt. Diese schwere Abschätzbarkeit der finanziellen Auswirkungen eines Erwerbseinkommens, die noch verstärkt wird durch die verbreitete Abneigung, Risiken in Kauf zu nehmen, führt zur Zeit bei manchen Arbeitsangeboten dazu, dass diese abgelehnt werden. Stattdessen wird auf ein Arbeitsangeboten im Niedriglohnbereich gewartet, das bezüglich der finanziellen Auswirkungen eindeutig besser ist. Bei einem Grundeinkommen sind die finanziellen Auswirkungen von Erwerbseinkommen leichter zu kalkulieren. Die Angst vor einer finanziellen Schlechterstellung würde entfallen.

Die angeführten Effekte sind realistisch, wobei die Schwierigkeit, die Auswirkungen der Aufnahme einer Tätigkeit auf das Gesamteinkommen zu kalkulieren, doch in den meisten Fällen bewältigt werden dürften, diesem Punkt also keine sehr große Bedeutung zukommen dürfte. Aber wie steht es mit dem Anreiz, der durch sofortiges Zuverdienen geboten wird, den etwa Mitschke in seinem Modell als zentralen Ansatz zur Lösung der Probleme des Niedriglohnsektors besonders herausgestellt hat? Dieser Effekt wird ohne Frage bis zu einem gewissen Grad wirken. Die Löhne im Niedriglohnsektor dürften etwas sinken, aber vermutlich nicht übermäßig stark (Gründe bei Straubhaar/Hochleitner). Damit werden auch mehr Arbeitsplätze angeboten werden. Die meisten Menschen werden mit dem BGE allein nicht zufrieden sein, also etwas zuverdienen wollen. Sie verlieren keine Ansprüche, also entfällt ein Hindernis, erwerbstätig zu sein. Die Frage ist nun noch, wie die Sache ausgestaltet wird. Gibt es eine flat tax oder eine Form der Anrechnung, die vom ersten Euro an greift, wird der zusätzliche Verdienst angesichts sinkender Löhne recht mager. Dann erhebt sich die Frage, wie viel tatsächlich zusätzlich gearbeitet wird (wie viel Arbeitszeit ist eine recht mäßige Erhöhung des Einkommens wert; wo liegt das angestrebte Einkommen), oder wie weit in die Schwarzarbeit ausgewichen wird, damit sich die Arbeit auch lohnt. Zunehmende Teilzeitarbeit von bislang Vollzeit im Niedriglohnsektor Tätigen, die jetzt auch bei weniger Arbeit genügend verdienen und Vollzeitarbeit ob ihres mäßigen zusätzlichen Ertrags nicht mehr sonderlich attraktiv finden, dürfte die zusätzliche Erwerbstätigkeit bisher Unbeschäftigter ganz oder teilweise kompensieren. Steigt die Steuer oder Anrechnung progressiv, wird bei niedrigen Löhnen Arbeiten attraktiver, die Lasten, die auf den höheren Löhnen liegen, müssen dann allerdings entsprechend steigen, was dort das Arbeitsangebot beeinträchtigen könnte.

Zusammengefasst sieht es, folgt man Deiner – für die ganze Debatte durchaus typischen – Argumentation, etwa so aus: es gibt einen „schwer kalkulierbaren“ Effekt, der das Arbeitsangebot vermindert. Und es gibt einen oder gar mehrere Effekte, die es erhöhen. Also sieht das Ganze irgendwie ausgewogen aus. Schlussfolgerung: wir brauchen uns keine großen Gedanken über das Problem zu machen.

Eine solche Sichtweise macht es sich entschieden zu leicht!

Der Niedriglohnsektor ist durch geringe Produktivität gekennzeichnet und kann daher insgesamt nur wenig zum Aufkommen an Steuern und Abgaben beitragen, aus dem die wirtschaftliche Umverteilung finanziert werden muss. Mit dem Grundeinkommen werden aufgrund sinkender Löhne weitere Tätigkeiten wirtschaftlich rentabel, die das vorher nicht gewesen sind, die durchschnittliche Produktivität sinkt also noch weiter. Ein Beispiel zur Veranschaulichung: geht man durch die Straßen, lässt sich sehr häufig beobachten, dass neue kleine oder größere Geschäfte aufmachen, aber nach einiger Zeit wieder verschwinden und in der Regel von anderen ersetzt werden, die oft auch nicht länger Bestand haben. Offenbar ist es für viele Menschen ein Ziel, einen Laden, ein Geschäft zu haben, selbständig zu sein und nicht für andere arbeiten zu müssen, womit sich eine gewisse Freiheit und ein gewisser Status verbindet. Obwohl so viele scheitern, gibt es ständig auch viele neue Versuche. Wenn nun das Grundeinkommen verfügbar wäre, könnten weit mehr dieser Läden und Geschäfte überleben und auch ihren Angestellten Billiglohnarbeitsplätze bieten. Sie würden im Grunde nicht wirklich gebraucht, würden nur wenige Kunden anziehen, doch durch die Subvention, die das Grundeinkommen bietet, könnten sie existieren.

Ein anderes Beispiel, wo wahrscheinlich ein erheblicher Teil der neuen Arbeitsplätze entstehen würde, wäre bei Haushaltshilfen. Viele meiner besser verdienenden Freunde leisten sich eine solche Hilfe, weil größere Putzaktionen – selbst im kleinen Single-Haushalt – sie annerven. Andere, weniger gut verdienende, reden durchaus auch mal davon, verkneifen sich aber den Wunsch und machen die Arbeit selber, weil ihnen die Hilfe doch zu teuer ist. Würde der Staat durch das BGE das Lohnniveau für Haushaltshilfen senken, würden diese sicher von sehr viel mehr Menschen und für sehr viel mehr Aufgaben (Einkäufe, Gartenarbeiten, Autowäsche...) in Anspruch genommen. Dadurch steigt dann der Wohlstand derer, die gut verdienen, mitfinanziert durch eine staatliche Lohnsubvention. Es ist überdies damit zu rechnen, dass die Einkommen, die durch den Anstieg der Erwerbstätigkeit in

diesem Bereich erzielt werden, kaum einer Besteuerung unterworfen werden können. Auch heute läuft das in aller Regel schwarz, Kontrollen sind praktisch nicht möglich, und ich sehe keinen Grund, warum sich das ändern sollte.

Natürlich würden auch Menschen profitieren, die auf Haushaltshilfen oft zwingend angewiesen sind: Alte, Behinderte, Familien mit Kindern. Nach meiner Auffassung wäre es allerdings sehr viel sinnvoller, würde der Staat direkt Hilfen subventionieren, wo ein solch besonderer Bedarf besteht, als wenn er sehr ungezielt und mit hohen Kosten irgendwelche Arbeit verbilligt, die oft von nur geringem öffentlichem oder privatem Nutzen wäre.

Dem positiven Effekt des BGE auf das Arbeitsangebot, der nur im Bereich niedrig entlohnter Tätigkeiten zu erwarten ist, steht ein negativer Effekt gegenüber, der das gesamte Spektrum der Tätigkeiten betreffen wird, da mit dem BGE ein starker Anreiz gegeben wäre, später einzusteigen, in nicht der Nachfrage entsprechende Richtungen zu gehen, bei Umorientierungen länger zu suchen, Auszeiten zu nehmen und früher in Rente zu gehen. Wenn das Arbeitsangebot bei qualifizierten Tätigkeiten sinkt, wo es ja jetzt schon oft Engpässe gibt und die Firmen in manchen Bereichen händeringend Leute suchen, ist die wirtschaftliche Auswirkung gravierend, gerade auch im Hinblick auf die Finanzierung des Sozialstaats.

Nun mag der Einwand lauten, es müssten ja nur die Löhne ausreichend steigen, um die entsprechenden Berufe attraktiv genug zu machen. Das Problem dabei ist: in vielen Fällen sind diese Löhne schon jetzt relativ hoch. Und es handelt sich dabei um Berufe in Wirtschaftsbereichen, die oft in harter internationaler Konkurrenz stehen. Hier können Löhne nicht beliebig erhöht werden, sonst verschwinden die Arbeitsplätze auf andere Weise. Man mag vielleicht auch auf Zuwanderung qualifizierter Kräfte setzen, doch das erscheint mir als eine sehr waghalsige Strategie. Ob es in Zukunft so große Bereitschaft zur Migration von qualifizierten Arbeitskräften geben wird, und wohin diese Menschen dann bevorzugt gehen werden, ist in hohem Maße ungewiss. Vielleicht kommt es vielmehr ja so, dass die Qualifizierten aus Deutschland eher abwandern, wenn ihnen zu viel Umverteilung zugemutet wird.

Jetzt noch zu ein paar anderen Argumenten:

Zudem führen alle vorgestellten Grundeinkommensmodelle zu geringeren Lohnnebenkosten, was wiederum die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Deutschland attraktiver macht

Wir sollten uns doch einig sein, dass es ziemlich gleichgültig für einen Unternehmer ist, in welcher Form soziale Abgaben erhoben und ein Teil des erzielten Mehrwerts vom Staat abgeschöpft wird. Ob Steuern oder Sozialbeiträge, ob direkte oder indirekte Steuern, entscheidend für Investitionsentscheidungen sind letztlich die entstehenden Kosten im Verhältnis zu den erwarteten Einnahmen. Würden verstärkt Mehrwert- und Ressourcensteuern erhoben, hätte dies gewisse Verschiebungen im Preisgefüge zur Folge, die sich in der Summe wohl günstig auf die Beschäftigung auswirken würden, doch dies wäre ein Ansatz, der völlig unabhängig von der Frage eines BGE zu diskutieren ist. Sinkende Lohnnebenkosten müssten aber in diesem Fall durch höhere Nettolöhne kompensiert werden, sollen keine Einbußen für die Beschäftigten entstehen. Sehr große Effekte sind daher in keinem Fall zu erwarten.

Mit einem Grundeinkommen wird eine Erwerbsarbeit in einem viel größeren Maß aus eigenem Antrieb aufgenommen, als das zur Zeit der Fall ist. Wahrscheinlich ist, dass die ArbeitnehmerInnen entsprechend eine größere Motivation aufweisen, die auch zu einer höheren Produktivität der ArbeitnehmerInnen führt.

Ich halte dieses Argument für reines Wunschdenken. Wenn man natürlich glaubt, dass durch BGE nun plötzlich alle oder viel mehr Leute ihre Traumjobs finden können... Aber so viele Traumjobs gibt es nun mal nicht, und das BGE ist auch keine Maschine zur Vermehrung von Traumjobs. Die Motivation bei den Beschäftigten mag sich zwar dadurch im Durchschnitt verbessern, dass die besonders Unmotivierten erst gar nicht arbeiten, aber dazu ist nun wirklich nichts weiter sagen. Ansonsten liegt die Annahme sehr nahe, dass die Motivation in den überwiegend ganz gewöhnlichen Jobs durch ein BGE eher abnehmen würde, weil dann ja immer eine Alternative vor Augen steht, und man viel leichter bei jedem auftretenden Problem sagen kann, dies und jenes passt mir nicht, also gehe ich.

Das verschiebt die Machtbalance zwischen Unternehmern und Beschäftigten erheblich, und es könnte gut sein, dass Unternehmer in vielen Bereichen überhaupt Probleme bekommen, noch mit ernst zu nehmenden Sanktionen zu reagieren, wenn Beschäftigte anfangen, sich selbst zu privilegieren – etwa ausgedehnte Kaffeepausen machen, private Erledigungen während der Arbeitszeit vornehmen, krank feiern usw. (Aber ich vergaß, das alles tun ja die enorm gut motivierten MitarbeiterInnen im Zeitalter des BGE nicht mehr!). Es genügt ja schon unter heutigen Bedingungen, dass sich die Menschen in ihrem Job etwas sicherer fühlen, weil die Wirtschaft gut läuft, und der Krankenstand nimmt erheblich zu (auch eine Form des Rückgangs des Arbeitsangebots). Und sage nun keiner, die Statistik erkläre

sich daraus, dass die armen Menschen aus Angst um den Arbeitsplatz in schwierigen Zeiten massenhaft auch krank zur Arbeit kommen!

Ein großes Schwäche des Ansatzes BGE liegt in dem, was von seinen Befürwortern nicht zum Thema gemacht wird. Wenn man über Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit spricht, dann gilt es insbesondere auch strukturelle Arbeitslosigkeit – hohe Arbeitslosigkeit in bestimmten Branchen oder Regionen - und Defizite bei den Arbeitslosen oder nur für sehr niedrige Löhne Beschäftigten in den Blick zu nehmen. Beim Grundeinkommen geht es nur darum, zu alimentieren. Alles andere überlässt man, so zumindest der ursprüngliche Gedanke, sowieso am besten dem Markt. Auf entsprechende Kritik hin beeilen sich zwar Befürworter des BGE heute in der Regel, zu betonen, dass natürlich der Sozialstaat auch noch viele andere Leistungen erbringen müsse. Das Problem, wenn man sich nicht im Zeitalter eines grenzenlosen Überflusses wähnt, ist, dass die teure Finanzierung eines Grundeinkommens andere Möglichkeiten empfindlich beschränken würde. In vielen Regionen und bei vielen Menschen wird sich wenig bewegen, wenn nicht sehr nachhaltig in sie investiert wird. Investitionen sind teuer, und der Markt versagt nicht selten, sie zu erbringen. Dann bleibt nur der Staat, der etwas bewegen kann, indem er in Menschen investiert und bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen schafft, ja diese zur Not auch mit Subventionen anschiebt. Im Ökonomenjargon lässt sich sagen: Die Opportunitätskosten des BGE, d. h. der entgangene Nutzen, der bei einer anderen, etwa genauer auf spezifische Problemlagen gezielten Verwendung der Mittel, zu erzielen wäre, sind sehr hoch.

Dies gilt im übertragenen Sinne auch für die Opportunitätskosten im Bereich des Denkens. Das BGE hat die Faszinationskraft des Radikalen. Mit einem Schlag erscheinen, wenn nicht alle, so doch viele Probleme unserer Zeit lösbar. Es erlaubt, die ganze Komplexität der Debatten um ein großes Bündel wirtschaftlicher und sozialer Fragen auf eine Kernfrage zusammenschnurren zu lassen. Das ist ganz ähnlich wie beim Glauben der Marktradikalen, die Lösung für alles und jedes sei der Markt. Konzentriert man sich auf ein BGE, erscheint es nicht mehr so wichtig, Fragen nach Bedingungen für Investitionen, Ursachen von Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsentwicklung unter den Bedingungen der Globalisierung usw. zu beantworten, denn wenn ein Grundeinkommen garantiert ist, ist das ja alles nicht mehr von existentieller Bedeutung. Gleichzeitig lassen sich alle guten Wünsche, was soziale Gerechtigkeit, Freiheit vor Zwängen und Sicherheit vor Not anlangt, auf das BGE projizieren. Dadurch gewinnt das Konzept leicht Qualitäten eines neuen Glaubens. Menschen haben für ihre guten Wünsche immer wieder eine neue Glaubensheimat gesucht. Das Christentum oder der Sozialismus sind gute Beispiele dafür. Das BGE wäre da nur eine neue Form, die noch nicht von der Geschichte entzaubert worden ist. Man verstehe mich nicht falsch. Mir geht es nicht darum, Zynismus zu verbreiten oder den status quo anzubeten. Weder will ich die guten Wünsche verraten, noch bin ich Diener irgendwelcher einseitiger Interessen, die ihnen im Wege stehen. Mir geht es vielmehr nur darum, deutlich zu machen, dass die guten Wünsche mit den Realitäten zu versöhnen, so weit das uns Menschen überhaupt je gelingen mag, ein außerordentlich schwieriges Geschäft darstellt. Alle Ideen, die wir dazu haben, sollten wir daher nicht gegen Kritik immunisieren, sondern ihr vielmehr rückhaltlos aussetzen. Zu viele gut gemeinte, mit großen Hoffnungen befrachtete Ideen haben schon furchtbaren Schaden angerichtet.